

Ordentlicher Bundesparteitag in Berlin vom 10. – 12. Dezember 2015

Beschluss - Nr. 37

Europas Einheit bewahren – Solidarität und Zusammenhalt stärken!

Europa steht vor einer schweren Prüfung. Die Zeit, in der ein Fortschreiten der europäischen Einigung selbstverständlich war, ist vorbei. Die bittere Erkenntnis der vergangenen Wochen und Monate ist: Der Zusammenhalt und die Solidarität Europas waren noch nie so gefährdet wie heute. Die Frage nach der Zukunft Europas ist offener denn je. Europa kann scheitern. So real diese Gefahr heute erscheint, so entschieden müssen wir uns ihr entgegenstellen. Denn: Europa darf nicht scheitern, wenn wir weiter friedlich, sicher und im Wohlstand leben wollen. Eine gute Zukunft kann es für uns nur in einem geeinten Europa geben.

Den Zusammenhalt Europas zu bewahren, seine Einheit zu erneuern – das ist heute die vordringliche Aufgabe sozialdemokratischer Europapolitik. Doch gelingen kann dies nur, wenn sich Europa verändert. Wenn es Solidarität praktiziert, nicht nur predigt. Wenn es Gerechtigkeit fördert, nicht nur wirtschaftliche Konkurrenz. Wenn es mutig und wehrhaft zu Freiheit und Demokratie steht und sich auf das besinnt, was Europa immer ausgezeichnet hat: Die Fähigkeit zu Kompromiss, Gemeinsamkeit und Partnerschaft – den gemeinsamen Werten verpflichtet und an gemeinsamen Interessen ausgerichtet.

Die menschenverachtenden Terroranschläge von Paris haben gezeigt, mit welcher Brutalität sich Fanatismus und Terrorismus gegen die freiheitliche europäische Werteordnung richten. Es waren Anschläge auf die Werte der Aufklärung und Liberalität, die Europa im Kern ausmachen. Letztlich war es ein Angriff, der uns alle treffen soll. Wir haben solchen mörderischen Terror in New York, in London, in Madrid erlebt. Es hätte auch Berlin sein können. Wir stehen in dieser schweren Zeit fest an der Seite Frankreichs. Europa muss sich jetzt beweisen. Es muss die Kraft zu mehr Zusammenhalt, zu selbstbewusster Freiheit, gelebter Solidarität und neuer politischer Einheit finden.

Die freie Gesellschaft wird der fanatisch-selbstmörderischen Vernichtungswut immer überlegen sein. Die Terroristen verbreiten Schrecken, aber sie haben keine Zukunft. Deshalb suchen auch so viele Menschen aus dem Nahen Osten Schutz und Sicherheit bei uns in Europa. Sie fliehen vor derselben Gewalt und demselben Terror, die uns jetzt im Herzen von Paris heimgesucht haben. Sie fliehen, weil in ihrer Heimat keine Lebensperspektive in Würde und Sicherheit mehr möglich ist. Das vergessen wir nicht. Wer jetzt den durchsichtigen Versuch unternimmt, aus Opfern Täter zu machen, in dem er Flüchtlinge unter Generalverdacht stellt, betreibt das Spiel der Rechtspopulisten. Die SPD bleibt solidarisch mit den Flüchtlingen. Europa muss diese schwere Prüfung mit Solidarität und der Erneuerung seines Versprechens von Freiheit, Sicherheit und Zusammenhalt beantworten.

Europa kann sich nur gemeinsam behaupten

Allerdings sind die Herausforderungen für Europa enorm. Die wirtschaftliche Krise, die sich in Teilen Europas zur sozialen Krise ausgewachsen hat, ist trotz erster Fortschritte nicht ausgestanden. Der Konflikt um die Ukraine hat die europäische Friedensordnung und die Werte und Prinzipien, auf denen sie ruht, erschüttert. Die schlimmste Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg ist eine beispiellose Herausforderung für ganz Europa – humanitär, organisatorisch, sozial. Viele Menschen sind verunsichert und wenden sich von der europäischen Idee ab. Nationalismus, Fremdenhass, Extremismus – Europas vergangen geglaubte Dämonen - haben wieder Zulauf, teils auch bei uns in Deutschland.

Zugleich gilt: In einer Zeit, in der viele der drängenden Herausforderungen eben gerade nach gemeinsamen europäischen Antworten verlangen, brauchen wir ein starkes Europa dringender denn je. Zu glauben, Europa hätte etwa die Wirtschafts- und Finanzkrise besser bewältigen können, wenn jeder europäische Staat auf sich allein gestellt gehandelt hätte, ist eine Illusion. Und so mühsam, teils unbefriedigend die Abstimmung unter den europäischen Staaten im Umgang mit den enormen Flüchtlingsbewegungen auch sein mag, ohne den gemeinsamen Rahmen der Europäischen Union wären vernünftige Lösungen noch weitaus schwieriger. In einer Welt, die immer enger zusammenwächst, mit allen Chancen, aber auch den komplexen Risiken und neuen Gefahren, die sich hieraus ergeben, kann sich Europa nur gemeinsam behaupten. In unserem Hamburger Grundsatzprogramm haben wir formuliert, dass Europa unsere Antwort auf die Globalisierung sein muss. Dieser Satz und das Ziel, das er beschreibt, sind angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen aktueller denn je. Es ist auch das Vermächtnis von Helmut Schmidt.

Die SPD – Europa verpflichtet

Die SPD schaut auf eine lange Tradition als Europapartei zurück. Schon in unserem Heidelberger Programm von 1925 haben wir die Vereinigten Staaten von Europa als Antwort auf das Morden und die Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges gefordert. Später haben die sozialdemokratischen Bundeskanzler – von Willy Brandt über Helmut Schmidt bis Gerhard Schröder – die europäische Einigung, das Zusammenwachsen Europas, seine Friedfertigkeit, demokratische Verfassung und wirtschaftliche wie soziale Prosperität wesentlich vorangetrieben. Dieses Erbe ist für uns bis heute Verpflichtung. Es schließt nicht aus, dass wir wo nötig Kritik an der EU üben und Veränderungen einfordern. Es schließt auch nicht aus, dass wir die politische Auseinandersetzung über die Zukunft Europas streitbar führen. Es schließt allerdings aus, dass sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands jemals gegen Europa stellen könnte.

Anders als die Populisten und radikalen Ideologen von rechts oder links geben wir Europa nicht auf oder wollten es abwickeln. Wir wollen Europa zum Besseren verändern. Wir wollen ein Europa, das demokratischer, wirtschaftlich innovativer und sozial gerechter ist als heute. Wir wollen ein Europa, das zusammenhält, sich nicht spaltet, weder in Ost und West, noch in Nord und Süd, auch nicht in Arm und Reich. Wir wollen ein Europa, das sich trotz großer Herausforderungen und gegen Widerstände gemeinsam eine gute Zukunft erarbeitet.

Und wir wollen, dass Deutschland in diesem Europa mit unseren Partnern, vor allem Frankreich, zusammen Fortschritt organisiert. Nicht belehrend und auftrumpfend, sondern im

Wissen darum, welch großes historisches Geschenk dieses Europa gerade für uns Deutsche ist. Und im Bewusstsein dafür, dass Investitionen in Europa letztlich Investitionen in die Zukunft unseres Landes, in unsere eigene Zukunft sind.

Weichenstellungen für ein besseres Europa

Damit Europa seine Krise meistern, vielleicht ein weiteres Mal letztlich gestärkt aus ihr hervorgehen kann, sind neue Weichenstellungen für Europa, für ein anderes, besseres Europa dringend notwendig. Und hierbei kommt es auf sozialdemokratische Antworten und Impulse an. Diese Forderungen stehen für uns dabei im Zentrum:

Erstens, Europa muss bei allen Schwierigkeiten jetzt dringend gemeinsame Lösungen in der Flüchtlingspolitik entwickeln. Lösungen, die der humanitären Verantwortung und den Werten Europas gerecht werden sowie zugleich für geordnete Verfahren und eine dauerhaft bessere Lastenteilung sorgen. Hieran führt kein Weg vorbei. Dabei muss allen klar sein, dass Europa keine Zugewinngemeinschaft ist, sondern auf Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit beruht.

Zweitens braucht Europa eine wirtschafts- und sozialpolitische Kurskorrektur. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Sparen allein keine Zukunft schafft. Europa muss noch viel mehr dafür tun, seine Investitionskraft wieder zu stärken. Und es muss sich als sozialer Schutzraum für die Menschen in unruhiger Zeit bewähren.

Drittens müssen Demokratie und Handlungsfähigkeit Europas verbessert werden, damit es Vertrauen der Menschen zurückgewinnt und nach innen wie außen die großen Zukunftsaufgaben anpacken kann.

Viertens braucht die europäische Außen- und Sicherheitspolitik einen neuen Impuls, um in stürmischer Zeit und angesichts zahlreicher internationaler Krisen an Gestaltungsfähigkeit hinzuzugewinnen.

1. Eine gemeinsame Antwort Europas auf die Flüchtlingskrise

Täglich erreichen rund 10.000 Menschen über die Türkei die griechische Küste und schlagen sich unter teils menschenunwürdigen Bedingungen über den westlichen Balkan in die Europäische Union durch. Täglich kommen Tausende Menschen auch nach Deutschland. Diese Menschen fliehen vor Krieg, Terror und Hunger. Wir fühlen mit ihnen, und sehen uns gleichzeitig vor eine historische Bewährungsprobe gestellt. Spannungen auf dem westlichen Balkan leben wieder auf. Die Solidarität innerhalb der Europäischen Union droht zu zerreißen. Die Helfer in Deutschland und andernorts geraten an die Grenze ihrer Belastbarkeit.

Nur auf europäischer Ebene können wir überhaupt vernünftige Lösungen finden, um der Flüchtlingskrise Herr zu werden. Denn bei allem Engagement und allem guten Willen: Kein Land der Welt, auch nicht Deutschland, kann die Flüchtlingskrise allein lösen. Europa als Ganzes ist gefragt. Zwar sind erste gemeinsame Vereinbarungen getroffen und Schritte auf den Weg gebracht worden, von der Einrichtung von Registrier- und Verteilungszentren, über die Umverteilung von 160.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien auf andere EU-Mitgliedstaaten bis hin zur Bereitstellung von Geldern und Personal. Doch die Umsetzung dieser Vereinbarungen kommt viel zu schleppend voran. Dass nur eine Handvoll

Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen zur Hilfe von Menschen in Not nachkommt, ist ein politischer Skandal!

Es ist dreißig Jahre her, dass die europäischen Staaten begannen, die Binnengrenzkontrollen abzuschaffen und den Schengen-Raum zu errichten. Offene Grenzen sind zum Sinnbild des Zusammenwachsens Europas geworden. Und sie haben die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger Europa entscheidend bereichert. Jetzt riskieren wir, dass aufgrund des Versagens einer gemeinsamen europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik die Bürgerinnen und Bürger diese einzigartige Freiheit nicht mehr mit einer Chance für sich selbst, sondern mit fehlender Kontrolle und einer Gelegenheit für Menschenhändler und Schleuser verbinden. Dass einige europäische Staaten Grenzkontrollen temporär wieder eingeführt haben, ist ein Alarmsignal. Dauerhafte Grenzkontrollen schaden der europäischen Einigung. Wir wollen die Kontrollen an den Binnengrenzen so schnell wie möglich überwinden. Daher arbeiten wir mit Nachdruck auf eine gemeinsame Flüchtlings- und Asylpolitik hin. Notwendig ist ein Neustart der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik, der dafür sorgt, dass Europa seiner humanitären Verantwortung gerecht wird, dass Lasten fair verteilt, die Geschwindigkeit und Dynamik der Zuwanderung abgeschwächt und die internationalen Bedingungen für mehr Kontrolle und Steuerung der Flüchtlingsbewegungen geschaffen werden.

- **Solidarität ist unerlässlich:** Wir brauchen dringend eine faire Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten. Der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Einrichtung eines dauerhaften Verteilmechanismus mit Quoten muss umgehend politisch beraten und verabschiedet werden. Gleichzeitig werden wir den besonders belasteten Erstaufnahmestaaten an der Südgrenze – wie etwa Griechenland - helfen, Aufnahmezentren einzurichten, in denen konsequent alle ankommenden Flüchtlinge registriert werden. Mit der Registrierung wird die Grundlage geschaffen, damit die gemeinsame Steuerung und eine gerechte Verteilung möglich werden. Das Dublin-System, das weder gerecht ist noch zufriedenstellend funktioniert, muss zügig durch ein besseres System der Verantwortungsteilung ersetzt werden. Klar ist auch, dass bei der anstehenden Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens zusätzliche Solidarmechanismen bei der Flüchtlingshilfe geschaffen werden müssen. Die Staaten, die gegenwärtig die Hauptlast der Flüchtlingskosten tragen, zählen zugleich zu den wichtigsten Zahlerländern beim europäischen Haushalt. Ihr Bedarf an solidarischer Unterstützung muss sich in den Prioritäten des europäischen Haushaltes widerspiegeln. Bei Staaten, die sich einer solidarischen Verteilung entziehen, sollte dies im Gegenzug auch bei der künftigen Verteilung der Finanzmittel Niederschlag finden.
- **Für ein funktionierendes Gemeinsames europäisches Asylsystem:** Wir wollen verhindern, dass die Europäische Union an der Herausforderung der Flüchtlingskrise scheitert – wir wollen die Krise stattdessen als Chance für mehr Integration nutzen. Wir brauchen eine noch stärker integrierte europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik, die nicht nur auf dem Papier steht, sondern in allen Mitgliedstaaten mit Leben erfüllt wird. Sie muss unterschiedlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragen, zugleich aber verbindliche Standards für alle formulieren. Das Europäische Asylunterstützungsbüro EASO ist bereits das Fundament einer europäischen Asylbehörde. Die Anwendung der Standards darf nicht im nationalen Belieben der Mitgliedstaaten stehen. Die EU-Kommission muss daher befähigt werden, robust auf die Einhaltung des geltenden Europarechts zu pochen. Hier müssen wir mutige Schritte der Integration weitergehen und brauchen dafür starke

Gemeinschaftsinstitutionen. Zudem muss Europa Fortschritte für eine besser abgestimmte, gemeinsame Politik bei der Rückführung von Flüchtlingen umsetzen.

- **Gemeinsamer Schutz der Außengrenzen:** Dringend müssen wir – und zwar gemeinsam! - für den Schutz der EU-Außengrenzen sorgen. Die verabredete Aufstockung der EU-Grenzschutzbehörde Frontex ist hierbei nur ein erster Schritt. Perspektivisch müssen wir in der Lage sein, Grenzschutz europäisch zu organisieren, wo einzelne Mitgliedsstaaten überfordert sind. Langfristiges Ziel sollte eine europäische Grenzschutzbehörde sein, wie sie auch die EU-Kommission vorschlägt. Grenzschutz darf allerdings nicht mit Abwehrmaßnahmen gleichgesetzt werden. Noch immer sterben Menschen auf dem Weg über das Mittelmeer. Es liegt in der gemeinsamen europäischen Verantwortung dieses Sterben so schnell wie möglich zu beenden. Hierfür benötigen wir eine dauerhafte humanitäre Mission zur Seenotrettung, die die bestehenden Such- und Rettungsmissionen „Triton“ und „Poseidon“ ausweitet. Außerdem muss die Europäische Union endlich dafür Sorge tragen, dass legale Einreisemöglichkeiten und sichere Fluchtrouten nach Europa geschaffen werden. Das entzieht auch Schleppern und Schleusern die Geschäftsgrundlage.
- **Offenheit der Binnengrenzen erhalten:** Die Offenheit der Binnengrenzen im Rahmen des Schengen-Abkommens ist eine der größten Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses und Symbol eines freien, geeinten Europas. Schengen ist nicht nur das sichtbarste Zeichen der Überwindung von Grenzen in Europa, es ist auch Grundlage für einen funktionierenden Binnenmarkt, für einen europäischen Arbeitsmarkt und echte Freizügigkeit. Wer deshalb die Axt an Schengen legt, greift auch soziales und wirtschaftliches Wachstum an. Der Erhalt offener Binnengrenzen hat für uns oberste Priorität.
- **Fluchtursachen umfassend bekämpfen:** Europa muss der Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlinge und der Bekämpfung der Fluchtursachen insgesamt eine völlig neue Priorität einräumen. Wir brauchen ein stärkeres gemeinsames Engagement in den Krisenländern in Europas Nachbarschaft. Wir müssen der Bekämpfung der Fluchtursachen Priorität geben, nicht der Bekämpfung der Flüchtlinge! Besonders die dramatisch unterfinanzierten Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen müssen dazu über die bereits beschlossenen Finanzaufstockungen hinaus massiv zusätzlich unterstützt werden. Vor allem stehen die europäischen Staaten und die internationale Gemeinschaft nun auch in der Pflicht, dass diese Gelder schnellstmöglich tatsächlich fließen und zur Verfügung stehen. Erforderlich ist darüber hinaus eine internationale Geberkonferenz, um eine umfassende Finanzierung für Flüchtlingshilfe in den Herkunfts- und Transitländern sicherzustellen.
- **Kooperation mit den Transitländern:** Ebenfalls muss es darum gehen, mit den wichtigsten Transitländern, allen voran der Türkei, Vereinbarungen zu treffen, die eine bessere Steuerung und Begrenzung der Fluchtbewegungen bewirken. Auch wenn die Türkei kein einfacher Partner ist, ist es richtig und unerlässlich, den eingeschlagenen Weg einer vertieften Kooperation in der Flüchtlingspolitik konsequent weiter zu gehen – mit dem Ziel, die Türkei darin zu unterstützen, die Lebensbedingungen von Flüchtlingen in der Türkei selbst zu verbessern sowie gemeinsam eine effektivere Grenzsicherung zu gewährleisten. Wenn diese Zusammenarbeit mit der Türkei gelingt, dann sollte – im Gegenzug – im Rahmen einer europäischen Anstrengung Deutschland in Zukunft Kontingente syrischer Flüchtlinge aufnehmen, wie es dies bei anderen Bürgerkriegskonflikten schon getan hat. Die Menschen in diesen Kontingenten sollen auf sicheren Wegen nach Europa und Deutschland gebracht werden. Dabei muss gelten: Frauen und Kinder zuerst. Vorrang für Familien! Dieses Verfahren erhöht die Kontrolle darüber, wer zu uns kommt, denn

Antragstellung, Identitätsfeststellung und Registrierung finden vor der Einreise statt. Zugleich erspart es den Menschen, die Schutz suchen, einen lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer und die Fluchtrouten.

- **Politische Konfliktlösungen:** Im Kern müssen die außenpolitischen Bemühungen Deutschlands und Europas natürlich auf die Quelle von Flucht und Vertreibung zielen, auf politische Lösungsprozesse in den verheerenden Konflikten im Krisenbogen von Libyen bis Afghanistan. Die jüngsten internationalen Verständigungen über einen Fahrplan zur Eindämmung und Beilegung des grausamen Bürgerkrieges in Syrien sind ein Hoffnungsschimmer. Dass diplomatische Lösungen auch unter schwierigsten Rahmenbedingungen und in der Krisenregion des Nahen Ostens möglich sind, haben die Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm gezeigt. Wir werden mit unseren europäischen Partnern und der EU weiterhin alle Kraft auf diplomatische Lösungen richten und uns um eine breite Einbindung der internationalen Partner und Staaten der Region bemühen.
- **Ein System der legalen Einwanderung:** Auch wenn es keine direkte Antwort auf die gegenwärtige Krise ist, müssen wir dennoch auch nach vorne schauen und eine breiter angelegte legale Einwanderungspolitik für Europa entwerfen, die am europäischen Binnenmarkt ausgerichtet ist. Ein System der legalen Einwanderung, wie es für die Balkan-Staaten bereits eingeführt wurde, kann perspektivisch alternative Wege zu Flucht und illegaler Migration aufzeigen.

2. Wirtschaftliche Innovation und soziale Gerechtigkeit besser verbinden

Europas Zusammenhalt und Zukunftsfähigkeit hängen desweiteren davon ab, dass es Europa besser als bisher gelingt, wirtschaftliche Innovation mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Die einseitige Sparpolitik der Konservativen in Europa hat Wachstumskräfte gehemmt und teils gravierende soziale Folgen gehabt, die sich in Massenarbeitslosigkeit und wachsender Armut in Teilen Europas niederschlagen. Gerade angesichts der gegenwärtigen großen Gefahren für den Zusammenhalt Europas, wäre es fatal, wenn eine überzogene Spar- und Kürzungspolitik der Entsolidarisierung Europas zusätzlich weiteren Vorschub leisten würde. Diese hat die Krise nicht lösen können, sie hat sie im Gegenteil verschärft, zu einer Krise der Legitimität geführt und die soziale Spaltung vertieft.

Nach der Europawahl haben wir uns gemeinsam mit unseren Partnern in der europäischen Sozialdemokratie mit Nachdruck und ersten Erfolgen für eine wachstumsfreundlichere Politik und die Einrichtung eines europäischen Programms für Zukunftsinvestitionen eingesetzt. Dies war ein erster wichtiger Schritt genauso wie die Aufstockung der Mittel im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, die in einigen europäischen Ländern noch immer unerträglich hoch ist. Dennoch müssen wir in Europa weiter an einer wirtschafts- und sozialpolitischen Kurskorrektur arbeiten. So müssen Sozialstaats- und Arbeitsmarktreformen die effektive soziale Absicherung der Bevölkerung ins Zentrum rücken und Qualifizierungs- und Beschäftigungschancen ausbauen. Reformen des Steuersystems und der öffentlichen Verwaltung müssen die Klientelpolitik und die Privilegien von Reichen zurückdrängen, Steuergerechtigkeit und solide Staatsfinanzierung sicherstellen. Dabei zeigt auch die deutsche Erfahrung: Strukturreformen bedürfen der Flankierung durch Investitions- und Innovationspolitik, um Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen und Wachstum zu stimulieren.

- **Mehr Spielräume für Investitionen:** Klar ist: So wichtig die Regeln für Fiskaldisziplin sind. Sparen allein schafft nicht die Grundlagen für Wachstum und Zukunftsfähigkeit. Die europäischen Stabilitätsregeln müssen Flexibilität erlauben und in ihrer ganzen Bandbreite berücksichtigt werden – auch um Wachstumsimpulse zu ermöglichen. Nötig ist zudem eine auf Dauer angelegte europäische Investitionsoffensive. Das vereinbarte europäische Investitionsprogramm (EFSI) ist hierfür ein erster Schritt. Der EFSI sollte bei einer zentralen Instanz angesiedelt und später verstetigt werden, um zentrale Projekte identifizieren und koordinieren zu können und die Mitgliedstaaten bei grenzüberschreitenden Projekten zu beraten. Dazu wollen wir auch ein zentrales Investitions-Regelwerk etablieren, das über Koordinierung hinaus geht (z.B. bei transeuropäischen Verkehrs- und Energienetzen, der Förderung von Arbeitsmärkten, Ausbildung und der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, beim digitalen Binnenmarkt, intelligenten Netzen, Risikokapital und Gründungsfinanzierung).
- **Die Wirtschafts- und Währungsunion weiterentwickeln:** Auch unterstützen wir die Debatte über eine eigene Fiskalkapazität für die Eurozone. Diese sollte in Krisen ausgleichend und stabilisierend wirken sowie zusätzliche Investitionskräfte freisetzen. Sie könnte als Vorstufe zur Entwicklung eines Eurozonen-Budgets fungieren, wobei ebenfalls eine demokratische Legitimierung durch das Europäische Parlament, zum Beispiel in Form einer Eurokammer, sichergestellt werden muss. Die von uns maßgeblich vorangetriebene Einführung einer europäischen Finanztransaktionsteuer könnte perspektivisch als Ausgangspunkt für eigene Finanzmittel dienen. Hinzu kommt: Die Finanzierung wachstumsorientierter Politik kann nicht dauerhaft über eine weitere Ausweitung der Verschuldung erfolgen. Im Gegenteil: Die hohe öffentliche Verschuldung vieler Mitgliedstaaten bringt staatliche Politik teils in eine extreme Abhängigkeit von den internationalen Finanzmärkten. Deswegen muss eine Lösung des Altschuldenproblems in der Eurozone gefunden werden. Unser übergeordnetes Ziel ist es, die Konstruktionsmängel der europäischen Währungsunion durch den Ausbau einer politisch handlungsfähigen Wirtschaftsunion zu beheben und auf diese Weise letztlich auch den Euro als gemeinsame Währung zu stärken. In Bezug auf Griechenland treten wir dafür ein, dass die erzielten Vereinbarungen nun in partnerschaftlicher Zusammenarbeit umgesetzt werden. Dabei legen wir besonderen Wert darauf, dass das europäische Investitionsprogramm für Griechenland zügig auf den Weg gebracht wird. Wir erkennen zugleich an, dass Griechenland enorme Lasten bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise trägt und hier auf europäische Unterstützung angewiesen ist. Bei der Vereinbarung und Umsetzung von Reformprogrammen setzen wir uns generell dafür ein, dass mehr Transparenz insbesondere durch eine gestärkte demokratische Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament hergestellt wird.
- **Für mehr Steuergerechtigkeit in Europa:** Eine erhöhte Investitionsfähigkeit der Mitgliedstaaten setzt auch eine solide Einnahmebasis voraus. Deshalb wollen wir Schritte zur Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung und des Steuervollzugs in Europa auf den Weg bringen und aggressive Steuervermeidung von Großunternehmen unterbinden. Es muss durchgesetzt werden, dass Unternehmen dort ihre Steuern bezahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Wir können nicht länger hinnehmen, dass internationale Großkonzerne die Steuerverwaltungen von Staaten gegeneinander ausspielen, um mit Hilfe von Sonder- und Ausnahmeregelungen ihre Steuerzahlungen drastisch zu reduzieren. Wir begrüßen, dass die EU-Kommission mit Hilfe des EU-Beihilferechts härter gegen solche Praktiken vorgehen will. Wir brauchen aber darüber hinaus politische Schritte. Unter anderem setzen wir uns für eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und Mindestsätze bei

Unternehmenssteuern ein. Einzelfallauslegungen geltenden Rechts, Tax-Rulings, müssen der EU-Kommission angezeigt und – neben der Kontrolle auf offene oder versteckte verbotene Beihilfen - in den automatischen Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden der Mitgliedstaaten und die bessere Zusammenarbeit der Steuerbehörden in Europa einbezogen werden. Auch wollen wir den unfairen Wettbewerb durch spezielle Begünstigung bestimmter Einkunftsarten, z.B. aus Lizenzen oder Patenten, einschränken. Briefkastenfirmen und Stiftungen, deren wirtschaftlich Berechtigte anonym bleiben, verbieten. Mit einer länderbezogenen Berichterstattung über erzielte Gewinne, entstandene Verluste und gezahlte Steuern gegenüber den Steuerbehörden wollen wir grenzüberschreitend tätige Unternehmen dazu verpflichten, ihre steuerlich relevante Geschäftstätigkeit transparent zu machen. Die Finanztransaktionssteuer muss mit einer breiten Bemessungsgrundlage zügig eingeführt werden und sollte auf alle EU-Mitgliedstaaten ausgeweitet werden.

- **Wirtschaftliche Innovation im europäischen Binnenmarkt:** Um wirtschaftliche Dynamik und Innovation zu fördern, ist es darüber hinaus wichtig, dass der europäische Binnenmarkt in Schlüsselbereichen wie Energie oder digitale Wirtschaft noch besser integriert wird und hierbei Staaten nötigenfalls im Rahmen eines „ökonomischen Schengens“ gemeinsam vorangehen. Desweiteren brauchen wir eine europäische Industriepolitik, die einzelne Zukunfts- und Schlüsselsektoren wie etwa die Informations- oder Biotechnologie gezielt fördert und dabei auf die Stärken der Vielfalt und der grenzüberschreitenden Produktion in Europa setzt.
- **Die Digitalisierung europäisch gestalten:** Wir wollen an einer ambitionierten europäischen Digitalpolitik arbeiten, die ausgehend von gemeinsamen Wertvorstellungen einen rechtlich verbindlichen Rahmen für das offene Netz und hohe Standards beim Daten- und Verbraucherschutz schafft sowie technologische Standards und Innovation fördert, auch um Europas Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA anderen Wirtschaftsregionen zu stärken. Als einen wichtigen nächsten Schritt der Integration befürworten wir die Einsetzung eines europäischen Konventes, der aufbauend auf der EU-Grundrechtecharta eine Charta der digitalen Grundrechte für Europa entwickelt.
- **Den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit fortführen:** Noch immer ist der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Teilen Europas nicht gewonnen. Noch immer sind viel zu viele junge Menschen, oft gut ausgebildet und qualifiziert, ohne Aussicht auf einen Job. Auch wenn die Flüchtlingskrise Kapazitäten und Ressourcen bindet, dürfen wir im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit nicht nachlassen. Sonst droht in Europa eine verlorene Generation heranzuwachsen, die Europa nicht mit Hoffnung und Aufstieg, sondern mit Ausgrenzung und Armut verbindet. Die auf sozialdemokratische Initiative hin vereinbarten europäischen Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit müssen deshalb zügig ausgeschüttet und nötigenfalls deutlich aufgestockt werden. Die von uns durchgesetzte Europäische Jugendgarantie muss national und europäisch rasch umgesetzt werden. Die Jugendgarantie sieht vor, dass jeder arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren binnen vier Monaten ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen Job, eine Ausbildung, eine Weiter- bzw. Fortbildungsmöglichkeit oder ein Praktikum erhält. Dazu sind konkrete Etappenziele und einfachere Regeln zur Ausschüttung der Mittel notwendig.
- **Eine Sozialunion mit starken Arbeitnehmerrechten:** Um ein gerechteres Europa zu schaffen, sind darüber hinaus Schritte zur Stärkung von sozialen Grundrechten und Arbeitnehmerrechten unabdingbar. Im europäischen Binnenmarkt darf nicht allein Wettbewerb das Maß aller Dinge sein. Arbeitnehmerrechte und soziale Standards müssen mindestens gleichrangig geschützt und durchgesetzt werden. Im Konfliktfall sollten soziale

Grundrechte Vorrang vor wirtschaftlichen Grundfreiheiten haben. Wir wollen dieses Grundprinzip mit einem sozialen Fortschrittsprotokoll in den europäischen Verträgen festschreiben. Darüber hinaus wollen wir Schritt für Schritt daran weiter arbeiten, eine europäische Sozialunion aufzubauen, die ihre Politik an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet und Mindeststandards und Zielkorridore für soziale Grundrechte wie Löhne, Arbeitnehmerrechte, Sicherungssysteme sowie Mitbestimmung garantiert. Und es muss in Europa das Prinzip gelten und wirksam durchgesetzt werden: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort – für Männer und Frauen! Das europäische Entsenderecht sollte entlang dieses Zieles weiterentwickelt werden. Auch sollten wir Verstöße gegen das Arbeitsrecht wie Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht auf europäischer Ebene ahnden und sanktionieren. Wir wollen eine soziale Marktwirtschaft für Europa.

3. Europas Demokratie erneuern, seine Handlungsfähigkeit stärken

Vertrauen gewinnt Europa nur, wenn es mehr Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht und politisch handlungsfähig ist. Wir wollen deshalb die europäische Demokratie und die Gemeinschaftsinstitutionen stärken. Sie sind die Garanten dafür, dass nicht nationale Egoismen, sondern das gemeinsame europäische Interesse im Vordergrund steht. Die Gemeinschaftsmethode ist das Herzstück der europäischen Politik. Sie muss gestärkt werden. Die aktuellen Auseinandersetzungen in der Flüchtlingspolitik zeigen ja gerade, dass es die Kommission und das Parlament sind, die vielfach die Initiative ergreifen, um Lösungen im gemeinsamen europäischen Interesse zu finden. Wo nationale Souveränität und Handlungsspielräume angesichts komplexer Herausforderungen verloren gehen, müssen wir europäische Souveränität und Handlungsstärke hinzugewinnen. Die Vertiefung der europäischen Integration bleibt für uns daher auf der Tagesordnung. Als langfristige Zukunftsperspektive für die EU verfolgen wir weiterhin die Idee einer europäischen Verfassung. Wir bekennen uns zu der Perspektive eines föderalen Europas im Sinne der Vereinigten Staaten von Europa.

- **Ein starkes Europäisches Parlament:** Wir wollen, dass das Europäische Parlament der zentrale Ort ist, an dem über die Zukunft Europas diskutiert und entschieden wird. Vor allem braucht das Parlament weiterreichende Initiativrechte und deutlich mehr Mitentscheidungsbefugnisse gerade auch im Rahmen der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung im europäischen Semester. Wir wollen ein Europa der Parlamente. Eine Schwächung des europäischen Parlamentarismus durch Renationalisierung lehnen wir ab. Die Entscheidungen der Währungsunion und einer zukünftigen Wirtschafts- und Sozialunion müssen im Europäischen Parlament angesiedelt sein. Die Rolle nationaler und föderaler Parlamente in Angelegenheiten der Europäischen Union wollen wir stärken. Dazu sind in der innerstaatlichen Umsetzung und der Aushandlung europäischer Politiken die Beteiligungsrechte der Parlamente zu garantieren. Das Subsidiaritätsprinzip ist für uns auch bei der parlamentarischen Zusammenarbeit Leitlinie. Um die Handlungsfähigkeit des Europäischen Parlamentes sicherzustellen und mehr demokratische Teilhabe zu ermöglichen, unterstützen wir ein einheitliches europäisches Wahlrecht, das auch Sperrklauseln vorsehen sollte. Zudem sollten sich die nationalen Parlamente enger untereinander und mit dem Europäischen Parlament abstimmen, um europapolitische Impulse zu geben. Auch befürworten wir einen

europäischen Zukunftskongress, der jenseits der Tagesaktualität Vorstellungen für die Zukunft der EU entwickelt.

- **Gemeinsame Spitzenkandidaten als Erfolgsmodell:** Es war ein großer Erfolg der europäischen Sozialdemokraten für mehr Demokratie in Europa, dass wir bei der letzten Europawahl mit einem gemeinsamen Spitzenkandidaten aller sozialdemokratischen Parteien für das Amt des Kommissionspräsidenten und gegen erbitterte Widerstände der Konservativen durchgesetzt haben, dass der amtierende EU-Kommissionspräsident maßgeblich vom Europäischen Parlament bestimmt wurde. Diese demokratische Errungenschaft werden wir auch in Zukunft verteidigen und wollen den Spitzenkandidaten-Prozess verstetigen und festigen.
- **Europäische Zivilgesellschaft:** Europäische Demokratie muss in eine lebendige europäische Zivilgesellschaft eingebettet sein. Wir wollen die europäische Bürgerinitiative besser nutzen und stärken, damit Bürgerinnen und Bürger noch stärker direkt auf die europäische Gesetzgebung einwirken können.
- **Konzentration auf die großen Zukunftsaufgaben:** Die Akzeptanz der EU leidet heute oft darunter, dass viele Bürgerinnen und Bürger die europäischen Entscheidungsprozesse kaum noch nachvollziehen können und als zu bürokratisch empfinden. Deshalb wollen wir, dass sich die EU auf das wirklich Wesentliche konzentriert: Auf die Zukunftsaufgaben, die wir nur gemeinsam meistern können.
- **Verstärkte Zusammenarbeit:** Um Europas Handlungsfähigkeit nach innen und außen zu verbessern, sollten noch stärker als bisher die Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit von einigen Mitgliedstaaten genutzt werden. Sei es dadurch, dass einzelne Staaten auf Zukunftsmärkten wie Energie oder der digitalen Wirtschaft im Sinne eines „ökonomischen Schengens“ enger zusammenarbeiten. Sei es dadurch, dass einige Staaten dabei vorangehen, ihre Armeen zu einer europäischen Armee schrittweise zusammenzuführen oder sich auf gemeinsame soziale Mindeststandards verständigen. Wenn diese verstärkte Zusammenarbeit offen für weitere Staaten angelegt ist, können hieraus neue Impulse für mehr europäische Gemeinschaft und Integration insgesamt entstehen.
- **Wertegemeinschaft Europa:** Um die Glaubwürdigkeit der EU als demokratische Wertegemeinschaft in der politischen Praxis zu stärken und sicherzustellen, müssen die europäischen Werte auch im Inneren und in den EU-Mitgliedstaaten gelten. Deshalb unterstützen wir den Aufbau eines wirksamen europäischen Mechanismus zur Prüfung und Durchsetzung rechtsstaatlicher und demokratischer Standards in der EU. Gerade angesichts aktueller Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik muss Europa seine Werte und Prinzipien hochhalten und in allen Mitgliedstaaten durchsetzen.

4. Europa als Friedensmacht in stürmischer Zeit

In einer Zeit, in der die großen Herausforderungen mehr denn je Antworten über staatliche Grenzen hinweg verlangen, muss die europäische Außen- und Sicherheitspolitik auf der Höhe der Zeit weiterentwickelt und gestärkt werden. Deutsche und europäische Außenpolitik müssen dabei Hand in Hand gehen. Wenn Europa zusammensteht und eine gemeinsame politische Linie verfolgt, kann es bei allen Schwierigkeiten durchaus etwas zum Positiven bewirken. Der historische Erfolg bei den Atomverhandlungen mit dem Iran hat dies gezeigt, zu dem die deutsche und europäische Diplomatie entscheidend beigetragen hat. Auch die geschlossene Antwort der Europäer in der Ukraine-Krise ist ein Beleg für gemeinsame europäische Handlungsfähigkeit.

Etliche wichtige Fortschritte für eine stärkere europäische Außenpolitik sind in den letzten Jahren bereits erreicht worden, etwa durch den Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes oder die bessere institutionelle Vernetzung der Außenpolitik zwischen und innerhalb der europäischen Institutionen. Doch weitere Schritte sind erforderlich, um die europäische Außenpolitik handlungs- und gestaltungsfähiger zu machen. Daher begrüßen wir die Erarbeitung einer European Global Strategy, wie sie von der Hohen Vertreterin der EU vorangetrieben wird, und bringen uns aktiv in diesen Prozess ein.

- **Prävention und bessere Vernetzung:** Die gegenwärtige Flüchtlingskrise führt auf dramatische Weise vor Augen, welche verheerenden Folgen die Verfestigung von Konflikten, andauernde Gewalt, Bürgerkrieg, Staatszerfall, soziales Elend, Hunger und Perspektivlosigkeit haben können. Umso dringender stellt sich die Aufgabe, eine präventive, umfassende Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen und übergreifenden Schwerpunkt der europäischen Politik insgesamt zu machen. Auch muss die europäische Außenpolitik enger mit innenpolitischen Themen zusammengedacht werden, etwa bei Fragen der Flüchtlings- und Migrationspolitik, der Cyber-Sicherheit, der Handels-, Energie- und einer nachhaltigen Klimapolitik.
- **Zivile Orientierung und Handlungsfähigkeit:** Wir wollen besonders die zivile Dimension der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aufwerten, unter anderem durch den Aufbau eines europäischen zivilen Friedenskorps. Zugleich muss die Bindung europäischer Außenpolitik an den Einsatz für Menschenrechte, starke internationale Institutionen und das Völkerrecht, für regionale Integration in anderen Teilen der Welt und für soziale und ökologische Nachhaltigkeit verstärkt werden. Um die Handlungsfähigkeit europäischer Außenpolitik zu verbessern, setzen wir uns für mehr Mehrheitsentscheidungen auch in diesem Politikbereich ein.
- **Eine parlamentarisch legitimierte europäische Armee:** Europa muss auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik seine vorhandenen Ressourcen effizienter nutzen und handlungsfähiger werden. Notwendig ist ein strategischer Dialog zwischen den Mitgliedstaaten, um sich darüber zu verständigen, wie wir die seit vielen Jahren in Stagnation befindliche Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) weiterentwickeln und ausbauen können. Als Teil einer umfassenden, präventiven und in das internationale Recht eingebetteten Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU befürworten wir neben der notwendigen weiteren Verzahnung und Stärkung ziviler Instrumente den Aufbau einer europäischen Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert werden muss - wie wir dies bereits im Hamburger Grundsatzprogramm beschlossen haben. Gemeinsam mit denjenigen EU-Mitgliedern, die unsere Ziele bereits heute teilen, wollen wir uns über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion verständigen, in deren Rahmen durch verstärkte Zusammenarbeit die weitere Integration vorangetrieben wird. Als erster Schritt könnten parallele Rüstungsprojekte so zusammengelegt werden, dass die daraus resultierenden Einsparungen für die Konfliktprävention eingesetzt werden können.
- **EU-Erweiterungspolitik als Friedenspolitik:** Die EU-Erweiterungspolitik bleibt für uns ein wichtiges Instrument, um Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit zu fördern. Wir Sozialdemokraten haben die Beitrittsperspektive der Türkei nie in Frage gestellt. Heute, wo wir auf eine Verständigung mit der Türkei als dem zentralen Land auf der Westbalkanroute angewiesen sind, zeigt sich: Es war falsch, Ankara über Jahre mit dem Hinweis auf eine bloße „Privilegierte Partnerschaft“ abzuspiesen. Wir befürworten, dass die Beitrittsverhandlungen wieder mit neuer Dynamik weiter voranschreiten. Wir erwarten

von der türkischen Regierung zugleich Fortschritte beim Schutz von Menschenrechten und Minderheiten, der Rechtstaatlichkeit sowie der Meinungs- und Pressefreiheit. Die jüngsten Maßnahmen gegen kritische Journalisten sind unakzeptabel und entfernen die Türkei von unserem gemeinsamen Weg. Auch dem EU-Beitrittsprozess der Westbalkanstaaten muss neuer Schwung verliehen werden. Einzelne Länder haben bereits große Fortschritte bei der EU-Annäherung gemacht. Dennoch hat dieser Prozess zuletzt an Dynamik verloren. Deswegen müssen wir klare politische Signale setzen, um die einzelnen Beitrittsprozesse mit den Ländern der Region zu beleben. Ein stabiles Europa ist auf Dauer nur mit einem stabilen Balkan zu gewährleisten!

Schluss – Eine gute Zukunft gibt es nur in und mit Europa

Dieses Jahr ist zweifelsohne ein Epochenjahr. Wir werden die Geschichte Europas unterscheiden in eine Zeit vor 2015 und in eine Zeit danach. Europa steht am Scheideweg. In der Vergangenheit haben sich Krisen immer wieder als Motor der europäischen Integration erwiesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, der als Menschheitskatastrophe den Impuls zur Überwindung der tödlichen europäischen Antagonismen setzte. Nach den Jugoslawien-Kriegen, die erste Schritte hin zu einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik motivierten. Oder nach der jüngsten Wirtschafts- und Währungs Krise, die in einem langwierigen, nicht immer einfachen und noch nicht abgeschlossenen Prozess bessere Regeln für die Finanzmärkte oder etwa Schritte hin zu einer Bankenunion und zu mehr wirtschaftlicher Koordinierung in Europa angestoßen hat. Die aktuelle Flüchtlingskrise muss jetzt – so schwierig es auch sein mag - erneut die Kräfte Europas für Fortschritt und Erneuerung freisetzen.

Hinzu kommt: Europa ist als Antwort der Freiheit und Vernunft auf die Verwüstungen von Krieg, Nationalismus und Extremismus gebaut worden. Doch Frieden und Freiheit Europas, seine Fähigkeit zu Kompromiss und Ausgleich sind heute aufs Neue herausgefordert – von der Hetze der Nationalisten auf der einen und dem Terror islamistischer Fanatiker auf der anderen Seite. Europa darf nicht zulassen, dass Extremismus und Gewalt die Errungenschaften der europäischen Einigung wieder einreißen. Europa muss vielmehr neue Kraft für seine Einheit eben daraus schöpfen, dass es sich gegen die Feinde der Freiheit, Demokratie und Liberalität zusammenschließt.

Europa ist nicht weniger als ein Zivilisationsprojekt, die vielleicht beste und bedeutsamste politische Errungenschaft des vergangenen Jahrhunderts. Sie zu bewahren, sie zu verteidigen, sie zu stärken ist eine der großen Aufgaben unserer Generation. Indem wir Europa in schwerer Zeit bewahren, sichern wir nichts weniger als unsere eigene Zukunft.